

## Ingenieurvertrag Tragwerksplanung

für das Projekt

### Klinikum Sigmaringen: 2. Bauabschnitt (Sanierung)

Zwischen der

	den SRH Kliniken Landkreis Sigmaringen Hohenzollernstraße 40 72488 Sigmaringen,  vertreten durch Herrn Sven Schönfeld
	- im Folgenden „ <b>Auftraggeber</b> “ oder „ <b>AN</b> “ genannt -

und der

	N.N
	- im Folgenden „ <b>Auftragnehmer</b> “ oder „ <b>AN</b> “ genannt -

- im Folgenden gemeinsam auch „**Parteien**“ genannt -

wird folgender Ingenieurvertrag – Tragwerksplanung geschlossen:

## Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	3
§ 1 Vertragsgegenstand; Planungsziele .....	3
§ 2 Vertragsbestandteile, Vertragsgrundlagen .....	5
§ 3 Beauftragung.....	6
§ 4 Leistungspflichten des AN .....	7
§ 5 Ansprechpartner, Persönliche Leistungserbringung, Weisungsbefugnisse und Vertretungsbefugnisse des AN .....	10
§ 6 Mitwirkung des AG .....	11
§ 7 Vertragsänderungen, Anordnungsrecht des AG .....	11
§ 8 Hinzuziehung und Koordination anderer Beteiligter .....	12
§ 9 Projektbesprechungen, Datenraum .....	13
§ 10 Allgemeine Pflichten des AG und des AN .....	15
§ 11 Baukostenvereinbarung .....	15
§ 12 Termine, Fristen .....	16
§ 13 Honorar / Vergütung.....	16
§ 14 Abnahme .....	18
§ 15 Abrechnungen und Zahlungen.....	19
§ 16 Urheberrecht .....	19
§ 17 Dokumentation des Planungs- und Bauablaufs .....	20
§ 18 Unterlagen.....	21
§ 19 Mängelansprüche und Verjährung.....	22
§ 20 Versicherung .....	22
§ 21 Kündigung .....	23
§ 22 Vertraulichkeit/Geheimhaltung .....	24
§ 23 Abtretungsverbot, Aufrechnung.....	24
§ 24 Schlussbestimmungen.....	24

## Präambel

1. Die SRH Kliniken Landkreis Sigmaringen GmbH führt zur Sicherstellung einer flächendeckenden und wohnortnahen Gesundheitsversorgung im Landkreis Sigmaringen und als Reaktion auf die Anforderungen in Folge des Demographischen Wandels eine umfassende Sanierung des bestehenden Krankenhauses durch. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Erweiterungsbaus in 07/2023 soll nun die Sanierung des Bestandsgebäudes folgen.
2. Das zu sanierende Bestandsgebäude wurde in den Jahren 1976 bis 1979 errichtet; im Wesentlichen bestehen das Gebäude und die Technischen Ausrüstungen in nahezu unveränderter Form bis heute fort. Die Sanierungsmaßnahme setzt sich daher grundsätzlich aus den folgenden Maßnahmen zusammen:
  - a. Vollständige Sanierung des Bestandgebäudes anhand eines bestehenden Raum- und Funktionsbuches und
  - b. Angleichung der Technik an den Erweiterungsbau (=Neubau). In diesem Zuge soll die Technische Ausrüstung modernisiert bzw. an den neusten Stand der Technik angepasst werden. Dies betrifft insbesondere auch die Umstellung des BOS-Funks auf digitalen Funk.
3. Die genauen Inhalte sind jedoch noch von in Zukunft laufenden Gesprächen mit dem Fördermittelgeber abhängig.

## § 1 Vertragsgegenstand; Planungsziele

- 1.1 Der AG ist Eigentümer der auf dem Grundstückskomplex Hohenzollernstraße 40, 72488 Sigmaringen aufstehenden Bestandsgebäude der SRH Kliniken Landkreis Sigmaringen GmbH, in dem als **Anlage 1** beigefügten Lageplan rot umrandet. Der AG beabsichtigt die Planung und die Durchführung von umfassenden Sanierungsmaßnahmen des vorbezeichneten Gebäudes (im Folgenden „Sanierungsmaßnahmen“ genannt). Die Grundrisse des Bestandsgebäudes sind als **Anlage 2** beigefügt.
- 1.2 Gegenstand des Vertrages sind Sanierungsmaßnahmen (Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen gem. § 2 Abs. 5 und Abs. 8 HOAI) in den in dem gesamten in Ziffer 1.1 genannten Gebäude zur fortgesetzten Nutzung als Klinikum. Die Ausführung wird in Bauabschnitten je nach Bereitstellung von Fördermitteln durch den Fördermittelgeber erfolgen. Die Anzahl der Bauabschnitte ist daher noch nicht abschließend festgelegt.
  - 1.2.1 Teilbauabschnitt 2.1: Umsetzung der Projekte des KHSF II: Bauabschnitt 2.1. Details zu dem Teilbauabschnitt ergeben sich aus den in Ziffer 2 genannten Vertragsbestandteilen, insbesondere der **Anlage 6** (Ergänzung Förderantrag), in der diejenigen Maßnahmen, die voraussichtlich zur Verwirklichung anstehen, grün markiert sind.
  - 1.2.2 Teilbauabschnitte 2.2 bis 2.X: Umsetzung weiterer Teilprojekte zur Sanierung  
  
Die Ausführung wird in Bauabschnitten je nach Bereitstellung von Fördermitteln durch den Fördermittelgeber erfolgen. Die Anzahl der Bauabschnitte ist daher noch nicht abschließend festgelegt, der AG geht derzeit von insgesamt ca. 5 Teilbauabschnitten aus.
- 1.3 Die Zielvorstellungen des AG zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (Planungs- und Überwachungsziele im Sinne von § 650p Abs. 2 BGB) werden wie folgt definiert:

- **Zielvorstellungen im Hinblick auf die vorgesehene Nutzung:**

Erforderlich ist ein funktionsfähiges, technisch zuverlässiges und betrieblich abgestimmtes Gebäude, das durch klar strukturierte und flexibel nutzbare Räumlichkeiten einen raum- und zeitökonomischen Klinikbetrieb ermöglicht. Das Gebäude soll effiziente Abläufe fördern, Ressourcen schonen und einen nachhaltigen, wirtschaftlichen und zukunftssicheren Betrieb gewährleisten.

- **Zielvorstellungen im Hinblick auf Termine**

Ende der Zielfindungsphase: **KW41 2026**

Fertigstellung Teilbauabschnitt 2.1: voraussichtlich Ende 2029 unter Voraussetzung der Bewilligung des KHSFII

- **Zielvorstellungen im Hinblick auf die Gestaltung und Qualitäts- und Ausbaustandards:**

Die Planung des Gebäudes soll sich in der architektonischen Gestaltung an der Optik des bestehenden Neubaus orientieren und ein harmonisches Gesamtbild gewährleisten. Dabei soll die Ausführung den aktuellen Qualitätsstandard widerspiegeln und ein langlebiges, wertiges und gepflegtes Gebäude sicherstellen.

- **Zielvorstellungen im Hinblick auf die technische Ausstattung**

Die technische Ausstattung des Gebäudes soll dem aktuellen Stand der Technik entsprechen und einen effizienten, zuverlässigen sowie zukunftssicheren Betrieb ermöglichen. Ziel ist eine moderne, langlebige und wartungsfreundliche Ausführung, die die betrieblichen Abläufe optimal unterstützt.

- **Zielvorstellungen im Hinblick auf Standards betreffend Energieeffizienz, Schallschutz etc.:**

Das Gebäude soll einen energieeffizienten, nachhaltigen und ressourcenschonenden Betrieb ermöglichen und die aktuellen Anforderungen an Energieeinsparung, thermischen Komfort und Umweltstandards erfüllen. Gleichzeitig sollen Schallschutz, Raumakustik und weitere gebäudetechnische Aspekte den besonderen Anforderungen eines Krankenhausbetriebs gerecht werden, um eine ruhige, sichere und patientenfreundliche Umgebung zu gewährleisten.

- **Zielvorstellungen in wirtschaftlicher Hinsicht (insbesondere Kosten):**

Die Vertragsparteien gehen für den Teilbauabschnitt 2.1 von Gesamt-Baukosten gemäß der DIN 276 (12.2018) für die Kostengruppen 300-600 in Höhe von **20,08 Mio. € (brutto)** aus.

Für die weiteren Teilbauabschnitte sind Folge-Förderanträge geplant im Zusammenspiel zwischen Architekten, Fachplanern, Sonderplanern und Bauabteilung SRH bzw. Projektsteuerung. Die Zielvorstellung ergibt sich dann aus dem jeweiligen Kostenrahmen der Förderung.

- **Zielvorstellungen in Bezug auf die Ausführung der Baumaßnahmen**

Wichtigste Maßgabe für die Sanierung ist zudem, dass der Krankenhausbetrieb während der Baumaßnahme nicht unterbrochen wird und zu jedem Zeitpunkt gewährleistet werden kann.

- **Kosteneinschätzung gem. § 650p Abs. 2 BGB**

- 1.4 Die Zielvorstellungen sind regelmäßig zu überprüfen und erforderlichenfalls fortzuschreiben. Werden die Projekt- und Überwachungsziele nicht lediglich konkretisiert, sondern geändert (z.B. um sich ergebende Zielkonflikte aufzulösen), geschieht dies nach § 7. Beide Parteien sind verpflichtet, sich umgehend und umfassend in Kenntnis zu setzen, sollten Zielkonflikte zwischen unterschiedlichen Planungs- und Überwachungszielen oder sonstige Umstände erkennbar werden, die geeignet sind, Anpassungen der Zielvorstellungen zu erfordern. Konkretisierungen und Änderungen werden nach dem in § 16 dieses Vertrages festgelegten Verfahren dokumentiert.

## § 2 Vertragsbestandteile, Vertragsgrundlagen

- 2.1 Der Inhalt der zwischen den Parteien getroffenen vertraglichen Vereinbarungen ergibt sich aus diesem Vertrag einschließlich seiner Anlagen. Ergänzende oder abweichende mündliche Vereinbarungen sind nicht getroffen worden. Folgende Anlagen werden Vertragsbestandteil:

2.1.1	Die Bestimmungen dieses Vertrages	
2.1.2	Lageplan	<b>Anlage 1</b>
2.1.3	Grundrisse Bestandsbau	<b>Anlage 2</b>
2.1.4	Das Angebot des AN vom <b>xx.xx.xxxx</b> nebst aller Verfahrensunterlagen und Anlagen	<b>Anlage 3</b>
2.1.5	Teilleistungstabelle für die Tragwerksplanung, gem. Anlage 14 zur HOAI	<b>Anlage 4</b>
2.1.6	vorläufiger Grobterminplan	<b>Anlage 5</b>
2.1.7	Ergänzung Förderantrag KHSF II (ohne Anlagen). In der Anlage sind diejenigen Maßnahmen, die voraussichtlich zur Verwirklichung anstehen, grün markiert.	<b>Anlage 6</b>
2.1.8	Layout-Verzeichnis (=CAD-Pflichtenheft)	<b>Anlage 7</b>
2.1.9	Die für die Baumaßnahme relevanten öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Bestimmungen.	
2.1.10	Der Stand der Technik, einschließlich aller für die Realisierung des Bauvorhabens einschlägigen Richtlinien und Normen, DIN-Normen mit Hinweisen auf etwaige „Gelbdrucke“ sowie die VDI-, VDE-, VDS-Vorschriften.	
2.1.11	Die VOB/A und VOB/C in der jeweils aktuell geltenden Fassung.	
2.1.12	Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere diejenigen über den Architekten- und Ingenieurvertrag (§§ 650p ff. i.V.m. §§ 631 ff. und §§ 650a ff. BGB)	
2.1.13	Die RiFT-Honorartafeln der Finanzverwaltung Baden-Württembergs zur HOAI 2021	<b>Anlage 8</b>

- 2.2 Etwaige Widersprüche der Vertragsbestandteile sind im Wege der Auslegung aufzulösen. Sollten dennoch Widersprüche verbleiben, soll die speziellere Bestimmung Vorrang vor der allgemeineren haben. Ergibt sich auch dann keine Geltungsreihenfolge, soll die jüngere Bestimmung Vorrang vor der älteren haben.
- 2.3 Soweit in diesem Vertrag oder in seinen Bestandteilen bzw. Grundlagen auf die DIN 276 Bezug genommen ist, ist damit die zum Zeitpunkt des Zuschlags aktuelle Fassung der DIN 276 (DIN 276:2018-12) gemeint.

### § 3 Beauftragung

- 3.1 Gegenstand des Vertrages sind Ingenieurleistungen des Leistungsbildes der Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14 für oben beschriebene Maßnahme.
- 3.2 Die Beauftragung erfolgt stufen- und ab der Leistungsphase 4 zusätzlich auch bauabschnittsweise, wobei die Leistungsstufen wie folgt festgelegt werden:
  - Leistungsstufe 1: Zielfindungsphase, Leistungsphasen 1 und 2 (**Gesamtprojekt**)
  - Leistungsstufe 2: Leistungsphase 3 (**Gesamtprojekt**)
  - Leistungsstufe 3: Leistungsphase 4 (je Bauabschnitt)
  - Leistungsstufe 4: Leistungsphasen 5 bis 6 (je Bauabschnitt)
- 3.3 Mit Abschluss dieses Vertrages beauftragt der AG den AN zunächst nur mit den Leistungen der Leistungsstufe 1 (für das Gesamtprojekt).
- 3.4 Der AG behält sich vor, die Leistungen der weiteren Leistungsphasen, aber auch der Leistungsphasen 1 und 2 (bei Bedarf) ganz oder teilweise, stufen- oder abschnittsweise zu beauftragen. Der Abruf kann auch auf einzelne Leistungsphasen oder Teile hiervon innerhalb eines Leistungspaketes und/oder auf einzelne Bauabschnitte beschränkt werden.
- 3.5 Ein Rechtsanspruch des AN auf Übertragung weiterer Leistungen besteht nicht. Der AN verpflichtet sich jedoch, auch die über die Leistungsstufe 1 hinausgehenden Leistungen nach den Bedingungen dieses Vertrages zu erbringen, sofern diese durch den AG beauftragt werden.
- 3.6 Aus einer nur teilweisen, stufen- oder abschnittswisen Beauftragung oder aus der Nichtbeauftragung von Leistungspaketen, Leistungsphasen oder Einzelleistungen kann der AN keine Ansprüche herleiten. Soweit im Einzelfall Grundleistungen oder Besondere Leistungen noch nicht abgerufener Beauftragungsstufen – auf Anordnung des AG – zeitlich früher erbracht werden, als im Rahmen des abgerufenen Leistungspaketes vorgesehen und das Leistungspaket, dem die vorzeitig erbrachte Grundleistung oder Besondere Leistung zuzurechnen ist, nicht abgerufen wird, so hat der AN nur Anspruch auf Erstattung der nachgewiesenen Kosten für die erbrachten Leistungen. Weitergehende Ansprüche sind ausgeschlossen.

## § 4 Leistungspflichten des AN

- 4.1 Die Parteien sind sich darüber einig, dass die wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele durch die in § 1.3 benannten Zielvorstellungen noch nicht hinreichend definiert sind, so dass die Beauftragung des AN gemäß § 650p Abs. 2 BGB zunächst darauf gerichtet ist, aufbauend auf den bereits – allerdings rudimentär – vorhandenen Zielvorstellungen des AG eine Planungsgrundlage zur Ermittlung dieser Ziele zu erstellen. Die Erarbeitung dieser Planungsgrundlage in Abstimmung mit dem AG ist Bestandteil der Leistungsstufe 1. Die Leistungen zur Ziel- und Bedarfsermittlung umfassen auch die Beratung des Bauherrn (und später der Planungsbeteiligten) bei der Bedarfsermittlung bzw. bei der Aktualisierung der Bedarfsermittlung (Masterplan Krankenhaus) sowie bei den auf diese folgenden Raumplanungsprozessen (Verortung, Ablaufplanung, sinnvolle Anordnung, Integration der Außenstandorte (Onkologiecontainer, Pflegeschule, Therapie- und Verwaltungsbereiche...).

Der AN übernimmt vor diesem Hintergrund auf Basis der **Anlage 4** beigefügten Teilleistungsliste alle Grundleistungen der folgenden Leistungsphasen des Leistungsbildes der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14 zur HOAI:

- Leistungsphase 1: Grundlagenermittlung (**Gesamtprojekt**)
- Leistungsphase 2: Vorplanung (**Gesamtprojekt**)
- Leistungsphase 3: Entwurfsplanung (**Gesamtprojekt**)
- Leistungsphase 4: Genehmigungsplanung
- Leistungsphase 5: Ausführungsplanung
- Leistungsphase 6: Vorbereitung der Vergabe

Zur Klarstellung: Die Leistungen der Leistungsphasen 1-3 beziehen sich auf das Gesamtprojekt; der Auftragnehmer schuldet insoweit eine abgestimmte Planung „aus einem Guß“.

Der AN schuldet zudem sämtliche Planungsleistungen, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung seines Auftrages erforderlich sind, auch wenn sie vorstehend nicht im Einzelnen aufgeführt sind. Insbesondere wird der AN prüfen, ob die vertragsgegenständlichen Planungsleistungen die Beantragung einer Baugenehmigung erforderlich machen. Zudem wird der AN etwa notwendige Eingriffe in die Statik und/oder den Brandschutz beachten. Die Objektüberwachung (Bauüberwachung) umfasst auch die Bauleitung nach der Landesbauordnung und ist mit der Vergütung für die Grundleistung abgegolten.

- 4.2 Mit Abschluss dieses Vertrages verpflichtet sich der AN gemäß § 650p Abs. 1 BGB, nach näherer Maßgabe dieses Vertrages diejenigen Leistungen zu erbringen, die nach dem jeweiligen Stand der Planung und Ausführung erforderlich sind, um die zwischen den Parteien vereinbarten – und gegebenenfalls nach Vertragsschluss fortentwickelten – Planungs- und Überwachungsziele zu erreichen.

Dabei schuldet der AN zudem auch sämtliche Planungsleistungen, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung seines Auftrages erforderlich sind, auch wenn sie in diesem Vertrag nicht im Einzelnen aufgeführt sind.

Des Weiteren verpflichtet sich der AN, den AG umgehend und umfassend zu unterrichten, sobald erkennbar wird, dass die Verwirklichung von Zielvorstellungen – gleich aus welchem Grund – gefährdet ist.

Sofern trotz vollständiger Erbringung sämtlicher von dem AN gemäß § 4 (übergeordneter Leistungserfolg) geschuldeter Leistungen die wiederholte Erbringung von Leistungen oder die Erbringung zusätzlicher Leistungen erforderlich wird, um durch diesen Vertrag definierte bzw. fortgeschriebene Zielvorstellungen erreichen zu können, hat der AN auch diese Leistungen im Rahmen seiner werkvertraglichen Erfolgshaftung zu erbringen, ohne hierfür eine zusätzliche Vergütung beanspruchen zu können, sofern es sich um Leistungen handelt, die dem jeweiligen beauftragten Leistungsbild und den jeweiligen beauftragten Leistungsphasen zuzurechnen sind (=keine wesentlichen Änderungen). Dies gilt nicht, wenn die Gründe, die die Änderung notwendig machen, auf einer vertraglichen oder vorvertraglichen Pflicht- bzw. Obliegenheitsverletzung des AG beruhen oder wenn die Notwendigkeit der Änderung für den AG bei Vertragsschluss oder mit Abnahme der vorherigen Leistungsphase erkennbar war. In diesem Fall gelten § 7 und § 13 Ziffern 11 und 12.

- 4.3 Die Planung des AN muss allen einschlägigen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Bestimmungen sowie den dem Stand der Technik, einschließlich aller für die Realisierung des Bauvorhabens einschlägigen Richtlinien und Normen, DIN-Normen sowie die VDI-, VDE-, VDS-Vorschriften, entsprechen. Der AN hat den AG schriftlich auf etwaige Gelbdrucke zu DIN-Normen hinzuweisen und ihm Vor- und Nachteile des Inhalts zu erläutern.

Zudem hat der AN den AG unverzüglich schriftlich darüber zu informieren, soweit Leistungsvorgaben des AG nach diesem Vertrag und/oder Vorgaben im Zuge der Planungsfortschreibung und/oder Anordnungen gesetzlichen und/oder behördlichen Vorgaben abweichen.

- 4.4 Bei der Erbringung seiner Leistungen hat der AN die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit zu beachten. Dies bedeutet insbesondere, dass sämtliche Leistungen im Rahmen der sonstigen Vorgaben und Zielvorstellungen des AG sowie des technisch und rechtlich Möglichen mit dem Ziel größtmöglicher Kosteneinsparung sowohl bei der Errichtung des Bauvorhabens als auch bei der späteren Nutzung zu erbringen sind.
- 4.5 Entstehen Widersprüche zwischen verschiedenen Zielvorstellungen des AG und dem Stand der Technik, hat der AN den AG hierüber schriftlich zu informieren und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Die Entscheidung hierüber obliegt dem AG.
- 4.6 Hat der AN Bedenken gegen die Entscheidung des AG, so hat er diese unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Hinweise des AN müssen so rechtzeitig erfolgen, dass die zeitlichen Aspekte des Rahmenterminplans, des Planungsterminplans und des Bauablaufplans nicht beeinträchtigt werden.
- 4.7 Sofern Sonderfachleute hinzugezogen werden müssen, hat der AN den AG so rechtzeitig über deren Hinzuziehung zu informieren, dass dieser die Sonderfachleute beauftragen kann, ohne dass der Rahmenterminplan, der Planungsterminplan und der Bauablaufplans gefährdet werden.
- 4.8 Der AN hat den AG ebenfalls jederzeit unverzüglich schriftlich zu informieren, falls die Vertragsziele des AG, die gemäß § 10 vereinbarte Baukostenobergrenze oder die Terminziele gemäß Rahmenterminplan nicht erreicht werden. In diesen Fällen hat er dem AG Lösungsvorschläge oder Kompensationsmöglichkeiten zu unterbreiten.
- 4.9 Der AN hat dem AG Grundlagen für von dem AG zu treffende Entscheidungen so rechtzeitig vorzulegen, dass der Planungsablauf nicht verzögert die vereinbarten Terminziele eingehalten werden können. Mit einer Entscheidung kommt der AG nur dann in Verzug, wenn der AN dem AG zuvor eine angemessene Frist gesetzt hat.



4.10 Unter Berücksichtigung der nach § 1.3 vereinbarten und entsprechend den Bestimmungen dieses Vertrages fortgeschriebenen Planungs- und Überwachungsziele besteht der übergeordnete Gesamterfolg, auf dessen Verwirklichung hin der AN seine Leistungen zu erbringen hat:

- **Für die Leistungsstufen 1** zunächst in der Erstellung einer mit dem AG abgestimmten Planungsgrundlage, inkl. Kosteneinschätzung, im Sinne von § 650p Abs. 2 BGB und nach Zustimmung des AG zur Planungsgrundlage in der Erstellung einer dauerhaft genehmigungsfähigen, den bei Vertragsschluss festgelegten und gegebenenfalls nach Vertragsschluss fortgeschriebenen Planungs- und Überwachungszielen und sonstigen Vorgaben des AN entsprechenden, mängelfreien Planung sowie der Zusammenstellung vollständiger Vorlagen, sofern nach den einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften Genehmigungen oder Zustimmungen erforderlich sind. Die Planungsgrundlage muss Festlegungen zu den unter 1.3 genannten Zielvorstellungen (nun als Planungs- und Überwachungsziele) enthalten.
- **Für die Leistungsstufen 2 und 3** in der Erstellung einer dauerhaft genehmigungsfähigen, den bei Vertragsschluss festgelegten und gegebenenfalls nach Vertragsschluss fortgeschriebenen Planungs- und Überwachungszielen und sonstigen Vorgaben des AN entsprechenden, mängelfreien Planung sowie der Zusammenstellung vollständiger Vorlagen, sofern nach den einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften Genehmigungen oder Zustimmungen erforderlich sind. Die Planungsgrundlage muss Festlegungen zu den unter 1.3 genannten Zielvorstellungen (nun als Planungs- und Überwachungsziele) enthalten.
- **Für die Leistungsstufe 4** in der Zusammenstellung der vollständigen und ordnungsgemäßen Vergabeunterlagen im Sinne von § 8 VOB/A (Mitwirkung).

Die Ergebnisse der Leistungsstufen sind dem AG jeweils je Leistungsstufe in einer **Dokumentation** in Form von DWG, GAEB und PDF, im Fall der Verwendung eines BIM-Programms als IFC zu übergeben. Auf **Anlage 7** (Layout-Verzeichnis (=CAD-Pflichtenheft) wird hingewiesen.

4.11 Zur Erzielung des vorstehend beschriebenen werkvertraglichen Gesamterfolges bzw. – bei Beauftragung mehrerer Leistungsstufen – der Gesamterfolge und der durch § 1.3 konkretisierten Planungs- und Überwachungsziele hat der AN sämtliche Grundleistungen der beauftragten Leistungsphasen des Leistungsbildes der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14 zur HOAI sowie gem. den Festlegungen dieses Vertrags zu erbringen, soweit diese Grundleistungen nicht durch diesen Vertrag von der Leistungspflicht des AN ausdrücklich ausgenommen sind. Ferner hat er die durch diesen Vertrag ausdrücklich beauftragten Besonderen Leistungen und Beratungsleistungen zu erbringen.

4.12 Besondere Leistungen:

Der AG ist berechtigt, dem AN nach Bedarf und auf gesonderten Abruf hin Besondere und zusätzliche Leistungen zu übertragen.

- a) Bestandsaufnahme (insgesamt)
- b) Mitwirken bei der Fördermittelbeschaffung und dem Verwendungsnachweis für Fördermittel (je Bauabschnitt)
- c) Aktive Teilnahme an Gremiensitzungen (Lenkungsausschuss, Aufsichtsratssitzungen) einschließlich Vorbereitung (je Sitzung) – Vergütung siehe § 13.11
- d) Nachweise der Erdbebensicherung in LPH 3 (je Bauabschnitt)

- e) Mitwirken bei der Überwachung der Ausführung der Tragwerkseingriffe bei Umbauten und Modernisierungen in LPH 8 (je Bauabschnitt)

Die Vergütung Besonderer Leistungen erfolgt gemäß § 13.11.

## **§ 5 Ansprechpartner, Persönliche Leistungserbringung, Weisungsbefugnisse und Vertretungsbefugnisse des AN**

5.1 Zuständiger Ansprechpartner beim AG ist Herr Siegfried Rübner.

5.2 Als verantwortlichen Projektleiter für sämtliche Leistungsphasen benennt der AN: **N.N.**

Als Stellvertreter benennt der AN: **N.N.**

Der benannte Ansprechpartner und der benannte Bauleiter sind zu allen in diesem Vertrag in der jeweiligen Rolle erforderlichen Handlungen und Entscheidungen sowie zur Entgegennahme diesbezüglicher Erklärungen des AG bevollmächtigt. Ein Wechsel der vorgenannten Ansprechpartner ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG möglich. Der AG darf die Zustimmung nicht ohne wichtigen Grund verweigern.

5.3 Der AN wird das im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens benannte Team, mindestens in dem im Personaleinsatzplan vorgesehenen Umfang, zur Leistungserbringung einsetzen.

5.4 Die Absicht der Beauftragung von Unterauftragnehmern, insbesondere auch freien Mitarbeitern, hat der AN dem AG unverzüglich anzuzeigen. Die Beauftragung von Unterbeauftragten bedarf der vorherigen, schriftlichen Zustimmung des AG. Der AG ist berechtigt, der Beauftragung von Unterauftragnehmern zu widersprechen, sofern der Widerspruch aus wichtigem Grunde gerechtfertigt ist.

5.5 Für den Fall der Beauftragung mit Leistungen der Leistungsstufen 1 und 2 ermächtigt der AG den AN, Gespräche und Verhandlungen mit Dritten (Behörden, Gerichten, Nachbarn, ausführenden Unternehmen, sonstigen fachlich Beteiligten etc.) zu führen, soweit dies zur Leistungserbringung erforderlich oder sinnvoll ist.

Eine rechtsgeschäftliche Vollmacht, rechtsverbindliche Erklärungen für oder gegen den AG abzugeben, ist hiermit nicht verbunden.

5.6 Soweit es seine Aufgabe erfordert, ist der AN berechtigt und verpflichtet, die Rechte des AG zu wahren und den an der Planung und am Bau Beteiligten die notwendigen Weisungen zu erteilen. Der AG bevollmächtigt den AN im Zusammenhang mit der Erbringung seiner Leistungen insbesondere mit der Vornahme folgender Handlungen bzw. Abgabe folgender Erklärungen:

- Technische Abnahmen (hierzu gehört nicht die rechtsgeschäftliche Abnahme gegenüber den ausführenden Unternehmen)
- Entgegennahme und Abzeichnung von Stundenlohnnachweisen. Die Vollmacht für die Abzeichnung wird vom AG hierfür jeweils in Stundenpaketen von 100 Stunden freigegeben.
- Erteilung von Weisungen auf der Baustelle (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 VOB/B)
- Vorbereitung von Mängelrügen

- Entgegennahme von Angeboten und Schlussrechnungen
- Entgegennahme von Erklärungen ausführender Firmen (z.B. Bedenkenanmeldungen, Behinderungsanzeigen, Mehrkostenanmeldungen)
- Aufnahme eines gemeinsamen Aufmaßes mit den ausführenden Firmen

5.7 Finanzielle Verpflichtungen für den AG darf der AN nur eingehen, wenn Gefahr in Verzug besteht und das Einverständnis des AG nicht rechtzeitig zu erlangen ist.

Eine weitergehende Vollmacht wird dem AN mit diesem Vertrag nicht erteilt. Spätere hierüber hinausgehende Vollmachten können nur schriftlich erteilt werden (§ 125 BGB).

## **§ 6 Mitwirkung des AG**

Der AG ist verpflichtet, alle erforderlichen Entscheidungen innerhalb angemessener Zeit zu treffen. In Verzug gerät der AG jedoch nur dann, wenn ihm von dem AN entscheidungsreife Unterlagen vorgelegt werden und ihm von dem AN schriftlich eine angemessene Frist gesetzt wurde.

Der AG hat dem AN auf Verlangen alle erforderlichen Unterlagen zu übergeben, die der AN für die vertragsgerechte Ausführung seiner Leistungen benötigt, soweit dem AG diese zur Verfügung stehen.

Der AG ist verpflichtet, dem AN auf dessen Verlangen seine konkrete Zielvorstellung zu nennen und in sinnvollen Zeitabschnitten fortzuschreiben und den jeweiligen Planungsstand anzupassen. Der AG ist weiterhin verpflichtet, auf Verlangen des AN mit diesem am Ende einer jeden Planungsstufe abzustimmen, in welchem Umfang die Planung des AN die Zielvorstellungen des AG erfüllt.

## **§ 7 Vertragsänderungen, Anordnungsrecht des AG**

Der AN ist verpflichtet, Änderungsanordnungen des AG nach Maßgabe der folgenden Regelungen ist der nachzukommen:

- 7.1 Für Änderungsvereinbarungen und Änderungsanordnungen des AG sowie Änderungsvereinbarungen gilt § 650q Abs. 1 BGB i.V.m. § 650b BGB mit den nachfolgenden Modifikationen:
- 7.2 Das Änderungsbegehren des AG kann sich auf sämtliche vereinbarten und gegebenenfalls nach den Bestimmungen dieses Vertrages fortgeschriebenen Planungs- und Überwachungsziele einschließlich solcher beziehen, die die Art der Ausführung der Leistungen insbesondere in zeitlicher Hinsicht betreffen.
- 7.3 Änderungsbegehren des AG, die eine Änderung des vereinbarten Werkerfolges zum Inhalt haben (§ 650b Abs. 1 Nr. 1 BGB), muss der AN nur dann nachkommen, wenn diese für ihn zumutbar sind.
- 7.4 Werden über die in § 4.1 vorgesehenen Leistungen/Teilleistungen hinaus weitere Leistungen erforderlich oder müssen dort vorgesehene Leistungen ganz oder teilweise mehrfach erbracht werden, stellt dies bei gleichbleibenden Planungs- und Überwachungszielen keine Vertragsänderung im Sinne dieses Vertrages dar, solange die zusätzlich zu erbringende Leistungen dem beauftragten Leistungsbild und den jeweils beauftragten Leistungsphasen zuzurechnen sind und die Erbringung der geänderten, wiederholten oder zusätzlichen Leistungen zur Erzielung der Planungs- und Überwachungsziele innerhalb der jeweiligen Leistungsphase erforderlich sind (= keine wesentlichen Änderungen).

- 7.5 Dies gilt nicht, wenn die Gründe, die die Änderung notwendig machen, auf einer vertraglichen oder vorvertraglichen Pflicht- bzw. Obliegenheitsverletzung des AG beruhen oder wenn die Notwendigkeit der Änderung für den AG bei Vertragsschluss oder mit Abnahme der vorherigen Leistungsphase erkennbar war. In diesem Fall gilt § 13.12.
- 7.6 § 7.4 gilt für Leistungen über den vorhersehbaren Leistungsumfang hinaus innerhalb einer noch nicht abgeschlossenen Teilleistung (Grundleistung oder Besondere Leistung) entsprechend.
- 7.7 Soweit der AN verpflichtet ist, Änderungsanordnungen des AG nachzukommen, ist der AN verpflichtet, ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung zu erstellen. Hinsichtlich der Grundlagen zur Höhe der Mehr-/Mindervergütung siehe unten § 13 Ziffern 11 und 12.  
  
Erzielen die Parteien binnen 30 Tagen nach Zugang des Änderungsbegehrens des AG beim AN keine Einigung nach § 650b Abs. 1 BGB, kann der AG die Änderung in Textform anordnen. Der AN ist dann verpflichtet, der Anordnung des AG nachzukommen, einer Anordnung nach § 650b Abs. 1 Ziffer 1 jedoch nur, wenn ihm die Ausführung zumutbar ist.
- 7.8 Der AN ist ebenfalls verpflichtet, auf Anordnung des AG weitere besondere Leistungen zu erbringen, soweit ihm diese zumutbar sind. In diesem Falle hat der AN dem AG ebenfalls vor Ausführung der Leistungen ein Angebot über die Mehr-/Mindervergütung zu unterbreiten. Die Regelungen der vorstehenden §§ 7.3 bis 7.6 gelten in diesem Falle entsprechend.
- 7.9 Dasselbe gilt entsprechend für sonstige auf Anordnung des AG erbrachte Zusatzleistungen oder andere Leistungen des AN.

## **§ 8 Hinzuziehung und Koordination anderer Beteiligter**

- 8.1 Der AG wird in Folge mindestens folgende weitere Verträge mit Fachplanern oder Gutachtern abschließen:
  - a) HSLK
  - b) ELT
  - c) MED-Technik
  - d) IT
  - e) Bauphysik
  - f) Brandschutz
  - g) Hygiene
  - h) Küchenplaner
  - i) Strahlenschutz
  - j) SiGeKo
  - k) Schadstoffplaner
- 8.2 Der AG beauftragt zudem einen Auftragnehmer mit der Projektsteuerung des Projekts. In Bezug auf organisatorische Aufgaben ist der AN verpflichtet, seine Leistungen mit dem AN für die Projektsteuerung abzustimmen (ggf. auch Schnittstellenmatrix).
- 8.3 Sollte sich nach Abschluss dieses Vertrages die Notwendigkeit des Einsatzes weiterer Fachplaner oder sonstiger Fachleute (z.B. von Sachverständigen) ergeben, hat der AN den AG so rechtzeitig über deren Hinzuziehung zu informieren, dass dieser die Sonderfachleute beauftragen kann, ohne dass der Terminplan gefährdet wird.

- 8.4 Der AN muss bei seiner Planung die Leistungen anderer fachlich Beteiligter berücksichtigen, in fachlicher und zeitlicher Hinsicht koordinieren und in seine Planung in sinnvoller Weise integrieren. Die Pflicht zur Koordination umfasst insbesondere eine inhaltliche Überprüfung auf offenkundige bzw. für den AN im Rahmen seiner Leistungen erkennbare Fehler und/oder Unvollständigkeiten, die zeitliche Koordination im Hinblick auf die fristgerechte Erbringung der eigenen Leistungen, sowie die fachliche Koordination, insbesondere die rechtzeitige, sachlich zutreffende und vollständige Unterrichtung der sonstigen fachlich Beteiligten. Eine Detailprüfung der Leistungen der übrigen Planungsbeteiligten ist darüber hinaus nicht umfasst.

## § 9 Projektbesprechungen, Datenraum

### 9.1 Projektbesprechungen

Im Zusammenhang mit der Planung und Realisierung der vertragsgegenständlichen Baumaßnahme werden folgende regelmäßige Besprechungen stattfinden:

#### 9.1.1 Lenkungsausschuss des AG (gesonderte Vergütung, siehe Ziffern 4.12 und 13.11)

Teilnehmer:

- Der AG
- Die Projektsteuerung
- Objektplaner
- Der AN (*bei Bedarf und nach Abruf*)
- Weitere Fach- und Sonderplaner bei Bedarf

Einladungen hierzu erfolgen durch den AG oder durch die Projektsteuerung.

Das Ergebnis der Besprechungen wird jeweils in einem Protokoll niedergelegt und an die Besprechungsteilnehmer verteilt. Das Protokoll wird durch den AG oder durch die Projektsteuerung erstellt.

#### 9.1.2 Projekt-Jour-Fixe (Grundleistung)

Teilnehmer:

- Der AG
- Die Projektsteuerung
- Objektplaner
- Der AN
- Weitere Fach- und Sonderplaner bei Bedarf

Einladungen hierzu erfolgen durch die Projektsteuerung.

Das Ergebnis der Besprechungen wird jeweils in einem Protokoll niedergelegt und an die Besprechungsteilnehmer verteilt. Das Protokoll wird durch die Projektsteuerung bzw. in Abwesenheit der Projektsteuerung durch den AN übernommen.

### 9.1.3 Planer-Jour-Fixe (Grundleistung)

Teilnehmer:

- Objektplaner
- Der AN
- Weitere Fach- und Sonderplaner

Einladungen hierzu erfolgt durch die Objektplaner.

Die Objektplanung fasst das Ergebnis der Besprechungen jeweils in einem Protokoll zusammen und verteilt dies an die Besprechungsteilnehmer.

### 9.1.4 Baubesprechungen

Teilnehmer:

- Der AG bei Bedarf
- Die Projektsteuerung bei Bedarf
- Die (Fach-) Bauleitung
- Fach- und Sonderplaner bei Bedarf
- Der AN bei Bedarf
- Die ausführenden Unternehmen

Einladungen hierzu erfolgt durch die (Fach-) Bauleitung.

Die (Fach-)Bauleitung fasst das Ergebnis der Besprechungen jeweils in einem Protokoll zusammen und verteilt dies an die Besprechungsteilnehmer.

## 9.2 Datenraum, EDV-Kommunikation

Zur digitalen Kommunikation ist der AN verpflichtet, Unterlagen sowie Dokumente über den von der Projektsteuerung gestellten Datenraum einzustellen und den Planungsbeteiligten zur Verfügung zu stellen.

Die Bereitstellung erfolgt durch die Projektsteuerung und ist für den AN kostenlos.

Die Ablage von Daten erfolgt nach der vom AG vorgegebenen bzw. mit dem AN abgestimmten Aktenablagestruktur.

Die mit der Nutzung des Projektkommunikationssystems verbundenen personellen Mehraufwendungen (z.B. für Schulung und Dateneingabe/Datenauswertung) sind, soweit in diesem Vertrag und seinen Anlagen nichts anderes bestimmt ist, mit dem vertraglichen Honorar abgegolten.

## § 10 Allgemeine Pflichten des AG und des AN

- 10.1. Über die durch diesen Vertrag begründeten Verpflichtungen, insbesondere zu einer mängelfreien Leistungserbringung und umfassender Information sowie Beratung des AG hinaus verpflichtet der AN sich allgemein, Weisungen und Anordnungen des AG zu beachten und bei seiner Leistungserbringung umzusetzen. Dies gilt aber nur hinsichtlich von Anordnungen und Weisungen, die entweder der AG in Person selbst oder aber durch einen von ihm ausdrücklich hierzu bevollmächtigten Vertreter erteilt.
- 10.2. Ist die Befolgung von Anordnungen und Weisungen des AG mit einer Vertragsänderung im Hinblick auf die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele oder der zur Erreichung dieser Ziele im Einzelnen zu erbringenden Leistungen verbunden, ist der AN hierzu nur nach Maßgabe der Regelungen in § 7 dieses Vertrages verpflichtet.
- 10.3. Hat der AN Bedenken gegen Weisungen oder Vorgaben des AG, muss er den AG hierauf umgehend schriftlich hinweisen und seine Bedenken begründen (z.B. Widerspruch zum Stand der Technik, Widerspruch zu Zielvorgaben des AG). In diesem Fall muss (und darf) der AN der Weisung/Vorgabe des AG nur dann folgen, wenn dieser daran trotz der vom AN vorgebrachten Bedenken festhält.
- 10.4. Der AG verpflichtet sich, die Planung und Durchführung der Baumaßnahme zu fördern, soweit dies in seinen Kräften steht. Insbesondere verpflichtet er sich, anstehende Entscheidungen kurzfristig zu treffen und die notwendigen Sonderfachleute nach entsprechender Beratung durch den AN zu beauftragen.
- 10.5. Der AN wird spätestens nach Abschluss der Leistungsphase 1 bestätigen, dass ihm alle zur Vertragsdurchführung und Abrechnung erforderlichen Auskünfte übergeben worden sind.

## § 11 Baukostenvereinbarung

- 11.1 Dem AN ist bekannt, dass dem AG für den Teilbauabschnitt 2.1 lediglich ein Baubudget in Höhe von **20,08 Mio.** EUR (brutto) für die Kostengruppen **300-600** zur Verfügung steht. In Bezug auf die weiteren Teilbauabschnitte ergibt sich das Baubudget jeweils aus den genehmigten Fördermitteln. Auch dies ist dem AN bekannt.
- 11.2 Der AN ist verpflichtet, seine Leistungen so zu erbringen, insbesondere so zu planen, dass die vertraglich vorgesehenen und während der Projektverwirklichung fortgeschriebenen Planungs- und Überwachungsziele auch hinsichtlich der Kosten eingehalten werden können und das Baukosten-Budget für jeden Teilbauabschnitt (im Folgenden „**Gesamtbaukosten**“) nicht überschritten wird. Für die Einhaltung der Gesamtbaukosten je Teilbauabschnitt haftet der AN verschuldensabhängig im Sinne einer vertraglichen Beschaffenheit (§ 633 Abs. 2 BGB).
- 11.3 Wird für den AN erkennbar, dass die Gesamtbaukosten eines Teilbauabschnitts voraussichtlich überschritten werden, z.B. wegen gestiegener Baukosten oder wegen einer Unvereinbarkeit sonstiger Vorgaben des AG mit dem Kostenziel, ist er verpflichtet, den AG hierüber umgehend und umfassend zu unterrichten und Einsparungsvorschläge zu unterbreiten, die geeignet sind, die Einhaltung des vorgesehenen Kostenrahmens sicherzustellen.
- 11.4 Nach näherer Maßgabe der Festlegungen in § 4 dieses Vertrags zum Umfang der vom AN geschuldeten Leistungen ist dieser zur Kostenermittlung, zur Fortschreibung der Kostenermittlung und zur Kostenkontrolle verpflichtet.

## § 12 Termine, Fristen

- 12.1 Der AN ist verpflichtet, seine Leistungen so zu erbringen, insbesondere so zu planen, dass die vertraglich vereinbarte und während der Projektverwirklichung fortgeschriebene Zielvorstellung des AG hinsichtlich der zeitlichen Abfolge der Baumaßnahme eingehalten wird. Die Zielvorstellung des AG ist in dem als **Anlage 5** vorläufigen beigefügten Terminplan festgelegt und Bestandteil der vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele im Sinne von § 650p BGB.

Wird für den AN erkennbar, dass der Rahmenterminplan mit dem vorgesehene Planungs- und Bauablauf nicht eingehalten werden kann, z.B. wegen unvorhergesehener äußerer Umstände oder wegen Anordnungen des AG, z.B. solchen, die Planungsänderungen erforderlich machen, ist der AN verpflichtet, den AG hierüber umgehend und umfassend zu unterrichten.

- 12.2 Nach näherer Maßgabe der Festlegungen in § 4 zum Umfang der vom AN geschuldeten Leistung ist dieser zur Fortschreibung der Terminplanung und zur Terminkontrolle verpflichtet.
- 12.3 Der AN hat den AG über die von ihm zu treffenden Entscheidungen so rechtzeitig zu informieren, dass diese Entscheidungen getroffen werden können, ohne dass die sich aus dem Terminplan ergebenden Termine gefährdet werden.
- 12.4 Sieht sich der AN in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, so hat er dies dem AG unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Unterlässt er die Anzeige, so hat er nur dann Anspruch auf Berücksichtigung der hindernden Umstände, wenn dem AG die Tatsache und deren hindernde Wirkung bekannt waren. Darüber hinaus kann der AN sich auf Behinderungsumstände nur dann berufen, wenn diese aus dem Risikobereich des AG stammen oder durch höhere Gewalt oder andere für den AN unabwendbare Umstände verursacht waren.

## § 13 Honorar / Vergütung

- 13.1. Der AN erhält für alle nach diesem Vertrag einschließlich seiner Anhänge zu erbringenden Leistungen ein Honorar nach folgenden Parametern:
- 13.2. Grundlage für das vereinbarte Honorar ist die Kostenberechnung des Projekts. Die mitzuverarbeitende Bausubstanz wird bei der Ermittlung der anrechenbaren Kosten **nicht** berücksichtigt. Aufgrund der Beauftragung der Planungsleistungen auch für ggf. erforderliche Entsorgungs-, Abbruch-, Sicherungs- und Übergangsmaßnahmen sind auch die Kosten der KGR 200 in den anrechenbaren Kosten umfasst, soweit der AN die betreffenden Maßnahmen plant oder überwacht.
- 13.3. Das Honorar ist in Bezug auf die Leistungsphasen 1-3 nach den anrechenbaren Kosten der Gesamtmaßnahme zu berechnen. In Bezug auf die Bauabschnitte ist das Honorar nach den anrechenbaren Kosten je Bauabschnitt zu berechnen.
- 13.4. Für die Grundleistungen der Leistungsphasen 1-3 gilt:
- die Fachplanung, Leistungsbild Tragwerksplanung gemäß HOAI §51, wird gemäß der Vereinbarung der Parteien der
- Honorarzone III und
- dem Honorarsatz *unten (Basissatz)*
- gem. HOAI 2021 zugeordnet.



Auf das Honorar gem. 13.4 wird ein Nachlass von xx % (*wird vor Zuschlag ergänzt*) vereinbart.

- 13.5. Für die Grundleistungen der Leistungsphasen 4-6 für die Teilbauabschnitte gilt:

die Fachplanung, Leistungsbild Tragwerksplanung gemäß HOAI §51, wird gemäß der Vereinbarung der Parteien der

Honorarzone III und

dem Honorarsatz *unten (Basissatz)*

gem. HOAI 2021 zugeordnet.

Auf das Honorar gem. 13.5 wird ein Nachlass von xx % (*wird vor Zuschlag ergänzt*) vereinbart.

- 13.6. In Bezug auf die Leistungsphasen 1-6 wird die Berechnung nach den RiT-Honorartafeln der Finanzverwaltung Baden-Württembergs zur HOAI 2021 (**Anlage 8**) vereinbart.

Sollten die Honorarsummen der HOAI auch für einen Teilbauabschnitt überschritten werden, wird auch für diese Honorarberechnung der Fachplanung, Leistungsbild Tragwerksplanung, im Übrigen die Berechnung nach den RiT-Honorartafeln der Finanzverwaltung Baden-Württembergs zur HOAI 2021 (**Anlage 8**) vereinbart.

- 13.7. Ein Umbauzuschlag wird insgesamt in Höhe von 20 % vereinbart.

- 13.8. Die übertragenen Grundleistungen der Tragwerksplanung werden wie folgt bewertet

Grundlagenplanung	3%
Vorplanung:	10%
Entwurfsplanung:	15%
Genehmigungsplanung:	30%
Ausführungsplanung:	30% (Schalpläne nur bei Bedarf)
Vorbereitung der Vergabe:	2%

- 13.9. Die Bewertung der Teilleistungen ergibt sich aus der als **Anlage 4** beigefügten Tabelle „**Bewertung Teilleistungen**“. Erbringt der AN wesentliche Grundleistungen nicht, erfolgt eine entsprechende Reduzierung des Honorars. Die Geltendmachung weiterer Schäden bleibt vorbehalten.

- 13.10. Die Nebenkosten werden pauschal mit 3 % des Nettohonorars nach Ziffer 13.2 bis 13.8 berechnet.

- 13.11. Die nach Ziffer **4.12** zu erbringenden Besonderen und/oder Zusätzlichen Leistungen werden im Fall ihrer Beauftragung wie folgt vergütet:

- (1) Bestandsaufnahme (insgesamt): xxx,00 (EUR) netto psch.
- (2) Aktive Teilnahme an Gremiensitzungen (Aufsichtsratssitzungen, Lenkungsausschuss) einschließlich Vorbereitung (**je Sitzung**): xxx,00 (EUR) netto psch.
- (3) Nachweise der Erdbebensicherung in LPH 3 (je Bauabschnitt) xxx,00 (EUR) netto psch.

- (4) Mitwirken bei der Überwachung der Ausführung der Tragwerkseingriffe bei Umbauten und Modernisierungen in LPH 8 (je Bauabschnitt) xxx,00 (EUR) netto psch.

Auf diese Leistungen fallen keine Nebenkosten nach Ziffer 13.10 dieses Vertrages an.

- 13.12. Für Leistungsänderungen im Sinne von § 7 dieses Vertrags wird ein gesondertes Honorar vereinbart. Dieses Honorar legen die Parteien einvernehmlich unter Berücksichtigung der betroffenen Leistungsphase des vereinbarten Honorars, der für die Umplanung notwendigen Grundleistungen oder Teilen hierfür und unter Berücksichtigung des tatsächlichen Mehraufwandes der Wiederholung der Planungsleistung einvernehmlich vor Leistungsbeginn fest. Die Honorierung von Änderungs- oder Zusatzleistungen im Sinne dieses Vertrags nach eigenen Honorarbezugssummen ist ausgeschlossen. Über die Honorierung von Zusatzleistungen im Sinne dieses Vertrags, für die die HOAI keine Honorarvorgaben enthält, ist eine gesonderte Vereinbarung auf der Grundlage des voraussichtlichen tatsächlichen Aufwands zu treffen.

- 13.13. Soll für die Erbringung von in diesem Vertrag nicht vorgesehenen Leistungen eine Vergütung nach Zeitaufwand erfolgen, wird die Leistung, sofern im Zeitpunkt der Leistungserbringung eine Vorausschätzung des Zeitbedarfes möglich ist, nach dem geschätzten Zeitbedarf pauschal vergütet werden, und zwar zu den nachstehend festgelegten Stundensätzen:

(1) Projektleiter: EUR xx,xx netto

(2) Sonstige Mitarbeiter, die technische und/oder wirtschaftliche Aufgaben erfüllen:

EUR xx,xx netto

Die Kosten für Schreibkräfte sind mit dem jeweiligen Stundensatz abgegolten. Die Nachweise über den Zeitaufwand für Leistungen gemäß Satz 1 sind dem AG zeitnah, mindestens zwei-wöchentlich in nachvollziehbarer Form vorzulegen.

- 13.14. Auf sämtliche in diesem § 13 vereinbarten Honoraransprüche sowie die vereinbarten Nebenkosten, ist die jeweils gültige gesetzliche Umsatzsteuer gem. § 16 HOAI zu entrichten.

## § 14 Abnahme

- 14.1 Nach vollständiger Leistungserbringung hat der AN Anspruch auf Abnahme seiner Leistungen. Die Abnahme erfolgt förmlich. Eine konkludente oder fiktive Abnahme wird ausgeschlossen. Die Vertragsparteien werden ein schriftliches Protokoll erstellen, welches von beiden Parteien zu unterzeichnen ist.
- 14.2 In Bezug auf die einzelnen Bauabschnitte erfolgt aus förderrechtlichen Gründen zwingend eine Teilabnahme nach Abschluss der Leistungsphase 8.
- 14.3 Verlangt der AN im Übrigen eine Teilabnahme gem. § 650s BGB, so hat diese ebenfalls förmlich zu erfolgen. Der AN hat ein schriftliches Abnahmeverlangen zu stellen, in welchem anzugeben ist, hinsichtlich welcher konkreten Leistungen eine Abnahme verlangt wird. Ohne ein solches schriftliches Verlangen ist der AG nicht zur Teilabnahme verpflichtet. Voraussetzung für eine Teilabnahme ist die Teilabnahmefähigkeit der Leistungen, d.h. diese müssen auf ihre Mangelfreiheit überprüft werden können. Eine Teilabnahme ist insbesondere in Bezug auf einzelne Teilbauabschnitte zulässig. Im Übrigen sind Teilabnahmen ausgeschlossen und werden Teilschlussrechnungen nicht gestellt.

- 14.4 Voraussetzung für die Abnahme ist in allen Fällen insbesondere die Übergabe der von dem AN gem. § 17 geschuldeten Unterlagen an den AG.

## **§ 15 Abrechnungen und Zahlungen**

- 15.1 Der AN ist nach Abschluss einer Leistungsphase und darüber hinaus in Abstimmung mit der AG zur Stellung von Abschlagsrechnungen berechtigt. Rechnungen sind nach ihrem Zweck als Abschlags-, Teil- oder Schlussrechnung zu bezeichnen.
- 15.2 Abschlagszahlungen werden fällig 30 Kalendertage nach Eingang einer prüffähigen Rechnung mit entsprechendem Leistungsnachweis bei dem AG zur Zahlung fällig.
- 15.3 Eine Honorarschlussrechnung kann erst nach vollständiger Erbringung und Abnahme aller geschuldeten Leistungen erstellt werden. Beauftragte der AG innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr nach Beendigung der vorausgehenden Beauftragungsstufe keine weiteren Leistungen an den AN, kann der AN nach vollständiger Erfüllung sämtlicher Leistungen der jeweils zuletzt beauftragten und ausgeführten Beauftragungsstufe Schlussrechnung legen.
- 15.4 Die Schlusszahlung erfolgt innerhalb von 60 Kalendertagen nach Zugang der prüffähigen Honorarschlussrechnung.
- 15.5 Bei Rückforderungen der AG aus Überzahlungen kann sich der AN nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- 15.6 Sämtliche Rechnungen hat der AN in elektronischer Form an folgende Anschrift des AG zu senden:
- SRH Kliniken Landkreis Sigmaringen GmbH  
Kreditorenbuchhaltung  
69113 Heidelberg
- E-Mail-Adresse: [Rechnung.0270@srh.de](mailto:Rechnung.0270@srh.de)  
Gebäudemanagement: [reinhild.flum@srh.de](mailto:reinhild.flum@srh.de)  
Projektsteuerung: [srh@sppm.de](mailto:srh@sppm.de)
- 15.7 AG und AN sind sich einig, dass § 650e BGB keine Anwendung findet, es sei denn der AN hat den AG erfolglos zur Stellung einer anderweitigen Sicherheit aufgefordert.

## **§ 16 Urheberrecht**

Soweit die vom AN erbrachten Leistungen urheberrechtlich geschützt sind, vereinbaren die Parteien:

- 16.1 Der AN räumt dem AG das ausschließliche, unwiderrufliche und unbeschränkte Recht ein, Planungen und Unterlagen (in verkörperter wie in elektronischer Form) sowie sämtliche sonstigen Leistungen, die der AN bei der Ausführung der Vertragsleistung für das Bauvorhaben erbringt, ganz oder teilweise ohne Mitwirkung des AN zu nutzen, zu ändern und zu verwerten. Dies gilt insbesondere auch bei einer vorzeitigen Beendigung dieses Vertrags. Das eingeräumte Recht kann vom AG auf Dritte übertragen werden und umfasst insbesondere die Befugnis zur Änderung, Nutzung oder Verwertung des nach den Plänen des AN errichteten Bauwerks (Nachbaurecht) sowie zu seiner Veröffentlichung und der Unterlagen oder Modellen unter Namensangabe des AN oder eines von ihm beauftragten Subunternehmer.

- 16.2 Mit dem vereinbarten Honorar sind sämtliche Ansprüche des AN im Zusammenhang mit der Übertragung der Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an für das Bauvorhaben erstellten Unterlagen und erbrachten Leistungen abgegolten.
- 16.3 Soweit der AN die Ausführung der Vertragsleistung oder Teile davon auf Subunternehmer überträgt, garantiert er dem AG auch an ihren urheberrechtlich geschützten Leistungen das uneingeschränkte Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrecht, und zwar auch für den Fall vorzeitiger Vertragsbeendigung. § 15.1 gilt entsprechend.
- 16.4 Der AN garantiert, dass alle Leistungen, die er oder seine Subunternehmer im Rahmen dieses Vertrags erbringen, frei von Rechten Dritter sind und stellt den AG von möglichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten oder sonstigen Rechten frei.
- 16.5 Das Veröffentlichungsrecht hinsichtlich der Planung und des Bauwerks (z.B. durch Abdruck in Fachzeitschriften oder durch Aushängen in Ausstellungen) steht sowohl dem AG als auch dem AN zu. Derartigen Veröffentlichungen kann die andere Vertragspartei nur aus wichtigem Grunde widersprechen. Bei Veröffentlichungen durch den AG hat der AN Anspruch darauf, als Planverfasser namentlich genannt zu werden. Ist das Bauwerk abweichend von den Plänen des AN errichtet worden, oder ist das Bauwerk nachträglich verändert worden, darf der AN bei Veröffentlichungen durch den AG seiner namentlichen Erwähnung widersprechen
- 16.6 Der AG ist grundsätzlich berechtigt, das Bauwerk abweichend von den Plänen des AN zu errichten bzw. das Bauwerk nachträglich zu ändern. Er muss die Änderungsabsicht aber dem AN gegenüber rechtzeitig ankündigen und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Eine Stellungnahme des AN hat innerhalb von sechs Wochen ab Zugang der schriftlichen Mitteilung des AG zu erfolgen.
- 16.7 Ein unverändertes Vervielfältigungsrecht wird auf den AG nicht übertragen.
- 16.8 Die unveräußerlichen Urheberpersönlichkeitsrechte sind von den vorstehenden Regelungen nicht berührt.

## § 17 Dokumentation des Planungs- und Bauablaufs

- 17.1 Der AN erstellt nach jeder Leistungsphase Berichte, mit denen er den Bearbeitungsstand schriftlich dokumentiert und zusammenfasst. Dabei ist insbesondere darzustellen, wie sich der erreichte Bearbeitungsstand zu den vereinbarten und gegebenenfalls fortgeschriebenen Planungs- und Überwachungszielen (§ 650p BGB, § 1 dieses Vertrages) verhält.

Zusätzlich zu und unabhängig von den vorbezeichneten Berichten ist, soweit die entsprechenden Leistungen beauftragt sind, der AN verpflichtet, zum Abschluss der Leistungsstufen 1 – 3 die Ergebnisse zusammenzufassen, zu erläutern und zu dokumentieren.

- 17.2 Den schriftlichen Berichten sind mindestens folgende Unterlagen beizufügen, soweit diese Unterlagen dem AG nicht bereits zuvor übergeben worden sind:
  - a) Die in der jeweiligen Leistungsphase zu erbringende Kostenermittlung;
  - b) **Hinsichtlich der Leistungsphasen 1 – 5:** Planlisten; die entsprechenden Pläne sind auf Verlangen des AG ebenfalls zu übergeben;
  - c) **Hinsichtlich der Leistungsphase 6:** Eine Aufstellung der vom AN erstellten Leistungsbeschreibungen/Leistungsverzeichnisse sowie der Vergabeunterlagen (Zuarbeit);

auf Verlangen des AG sind die Leistungsbeschreibungen/Leistungsverzeichnisse und Vergabeunterlagen selbst ebenfalls vorzulegen;

- 17.3 Der AN ist verpflichtet, an den vom AG oder von anderen Planungsbeteiligten oder den beauftragten Fachfirmen anberaumten (Bau-, Planungs- und Koordinations-) Besprechungen teilzunehmen. Die Ergebnisse hat der AN in seine Pläne oder Planungsleistungen aufzunehmen bzw. einzuarbeiten. Er hat den AG über von anderen Projektbeteiligten anberaumte Besprechungen zu informieren und auf dessen Verlangen darüber Niederschriften in einem dem Besprechungsinhalt angemessenen Umfang anzufertigen und diese dem AG unverzüglich zu übermitteln.
- 17.4 Der AN ist zudem verpflichtet, den AG über alle bei der Durchführung seiner Aufgaben wesentlichen Angelegenheiten unverzüglich schriftlich zu unterrichten. Diese Pflicht erlischt nicht mit der Vertragsbeendigung.
- 17.5 Der AN hat die von ihm angefertigten zeichnerischen Unterlagen bis zur Freigabe durch den AG als »Vorabzug« zu kennzeichnen. Die von dem AG freigegebenen zeichnerischen Unterlagen hat der AN als „Entwurfsverfasser“ oder „Planverfasser“, die übrigen Unterlagen als „Verfasser“ zu unterzeichnen.

## § 18 Unterlagen

- 18.1 Vor Vertragsbeendigung hat der AN dem AG die in § 16 dieses Vertrages im Einzelnen genannten Unterlagen zu übergeben. Nach Beendigung des Vertrages sind dem AG darüber hinaus auch alle weiteren Unterlagen zu übergeben, die für die Fortsetzung der Baumaßnahme bzw. die Bewirtschaftung des Objektes erforderlich sind.
- 18.2 Die Leistungserbringung durch den AN erfolgt über digitale Ausarbeitungen im 3D-Format. Der AN übergibt dem AG alle Ausarbeitungen als CAD-Dateien (dwg-Format) und als Beleg zur Nachvollziehbarkeit im PDF-Format über den Datenserver. Die Leistungserbringung durch den AN unter Verwendung eines BIM-Programms ist erwünscht. Im Fall der Verwendung eines BIM-Programms gilt zusätzlich:
  - a) Der AN arbeitet mit den anderen Planungsbeteiligten unter Verwendung des BIM-Programms zusammen. Der AG wird in diesem Fall die anderen Planungsbeteiligten gleichermaßen zur Verwendung eines BIM-Programms verpflichtet.
  - b) Der AN übergibt die mit BIM erstellte Planung zusätzlich im ifc-Format.
- 18.3 Über Ziffer 18.2 hinaus sind folgende Papierunterlagen geschuldet:
  - für behördliche Erfordernisse in der gesetzlich vorgeschriebenen Anzahl an Ausfertigungen
  - Je ein Papier-Arbeitsexemplar für die gemeinsame Erörterung (Nutzerbesprechung) mit den Bauherrenvertretern
  - Je ein Papier-Exemplar mit Abschluss der Leistungsphase für Archivierungszwecke.
- 18.4 Gegenüber dem Anspruch des AG auf Übergabe von Unterlagen steht dem AN ein Zurückbehaltungsrecht nicht zu. Der AN ist insoweit vorleistungspflichtig.
- 18.5 Soweit Unterlagen nicht an den AG herauszugeben sind, ist der AN berechtigt, diese Unterlagen 10 Jahre nach vollständiger Leistungserbringung zu vernichten.

## § 19 Mängelansprüche und Verjährung

- 19.1 Die Haftung des AN richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.
- 19.2 Der AN kann sich bei Fehlern oder Mängeln, für die er haftet oder Gewähr zu leisten hat, dem AG gegenüber nicht darauf berufen, dieser oder ein vom AG beauftragter Dritter seien aufgrund eigener Sachkunde oder Offenkundigkeit in der Lage gewesen, Fehler oder Mängel so rechtzeitig zu erkennen, dass ein Schaden hätte vermieden oder vermindert werden können.
- 19.3 Sämtliche Ansprüche des AG gegen den AN verjähren, ebenso wie sämtliche Ansprüche des AN gegen den AG innerhalb der gesetzlichen Fristen.
- 19.4 Die Verjährung von Mängelansprüchen gegen den AN beginnt mit der vollständigen Erfüllung und Abnahme der letzten aufgrund dieses Vertrages zu erbringenden Leistung. Der Abschluss einzelner Leistungsphasen oder einzelner Beauftragungsstufen ist ohne Einfluss auf den Beginn und die Dauer der Verjährungsfrist. Teilabnahmen finden nur gemäß § 13 statt. Es wird klargestellt, dass die Verjährungsfrist für Mängel im Falle einer Teilabnahme mit der Teilabnahme dieser Leistungen beginnt
- 19.5 **[Nur für den Fall einer Eignungsleihe gilt, Regelung kann andernfalls entfallen]:** Soweit der AN im Vergabeverfahren zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und/oder finanzielle Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens (Nachunternehmer) in Anspruch genommen hat, haften der AN und das andere Unternehmen für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch. Soweit der AN im Hinblick auf Nachweise für die berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen hat, müssen diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Die Mängelansprüche des Auftraggebers verjähren fünf Jahre nach (Teil-)Abnahme der Vertragsleistung.

## § 20 Versicherung

Der AN ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung nachzuweisen. Die Deckungssummen dieser Versicherungen müssen mindestens betragen:

- Für Personenschäden: EUR 5,0 Mio.
- Für sonstige Schäden: EUR 5,0 Mio.

Der Betrag muss je Versicherungsjahr 2-fach zur Verfügung stehen. Der Nachweis ist durch die Vorlage einer Fotokopie des Versicherungsvertrages oder einer aktuellen Bestätigung der Versicherung zu führen. Der Versicherungsschutz muss vom Arbeitsbeginn bis zum Ablauf der vereinbarten Verjährungsfrist gegeben sein und aufrechterhalten werden. Der AN hat für die Dauer dieses Vertrages auf Anforderung des AG jährlich Belege für den Fortbestand des Versicherungsschutzes vorzulegen. Vor Vorlage der Versicherungsnachweise hat der AN keinen Anspruch auf Zahlungen durch den AG.

## § 21 Kündigung

- 21.1 Die Parteien können den Vertrag jederzeit aus wichtigem Grund, auch fristlos, kündigen. Im Übrigen bleiben die gesetzlichen Kündigungsvorschriften unberührt, werden jedoch wie folgt konkretisiert:
- 21.2 Der AG kann den Vertrag jederzeit ganz oder teilweise ohne Angabe von Gründen kündigen (§ 648 Abs. 1 BGB).
- 21.3 Beide Parteien sind zur Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grunde berechtigt. Das Recht des AG zur ordentlichen Vertragskündigung sowie gegebenenfalls das Sonderkündigungsrecht des AG nach § 650r Abs. 1 BGB bzw. des AN nach 650r Abs. 2 BGB bleiben daneben unberührt.
- 21.4 Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt für den AG insbesondere dann vor, wenn
  - er seine Bauabsicht für das geplante Objekt nachhaltig aufgegeben hat;
  - das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien auf Grund nach Vertragsschluss eingetretener Umstände erheblich gestört ist, oder andere Umstände vorliegen, auf Grund derer dem AG ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann;
  - der AN seine Zahlungen eingestellt hat, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen beantragt hat, oder die Leistungsfähigkeit des AN aus anderen Gründen so beeinträchtigt ist, dass ein Vertrauen auf seine Fähigkeit oder seine Bereitschaft zur vertragsgerechten Erfüllung nicht mehr besteht.
- 21.5 Die Kündigung aus wichtigem Grund, die die andere Partei zu vertreten hat, ist erst zulässig, wenn der kündigende Vertragspartner dem anderen Vertragspartner zuvor ohne Erfolg schriftlich eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung gesetzt und erklärt hat, dass er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde. Das gilt nicht, wenn eine Fristsetzung eine sinnlose Förmlichkeit darstellen würde, insbesondere, weil der Vertragspartner die Vertragserfüllung schon zuvor endgültig und ernsthaft verweigert hat. Angemessen im Sinne von § 648a BGB i.V.m. § 314 Abs. 3 BGB ist in der Regel eine Frist von 14 Tagen.
- 21.6 Jede Kündigung bedarf der Schriftform.
- 21.7 Im Falle der ordentlichen Kündigung durch den AG behält der AN den Anspruch auf das vertraglich vereinbarte Honorar auch für die infolge der vorzeitigen Vertragsbeendigung nicht mehr erbrachten Leistungen. Er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrags an Aufwendungen erspart, sowie außerdem auch dasjenige, was er durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt.
- 21.8 Die ersparten Aufwendungen werden mit 95 % des Honorars der noch nicht erbrachten Leistungen festgelegt, sofern nicht der AG höhere oder der AN geringere Ersparnisse nachweist. Anderweitiger Erwerb ist von dieser Pauschalierung nicht umfasst und zusätzlich zu berücksichtigen.
- 21.9 Im Falle einer vom AG ausgesprochenen Kündigung aus einem wichtigen, vom AN zu vertretenden Grund hat der AN lediglich Anspruch auf Vergütung der bis zu diesem Zeitpunkt erbrachten Leistungen, soweit die erbrachten Leistungen für den AG zumutbarer Weise verwertbar sind. Sofern ein Anspruch des AG dem AN gegenüber auf Schadensersatz und/oder auf Mehrkostenerstattung besteht, ist der AG berechtigt, mit diesem Anspruch die Aufrechnung gegenüber dem Vergütungsanspruch des AN zu erklären.
- 21.10 Kündigt der AN aus wichtigem Grund oder kündigt der AG aus einem wichtigen Grund, den der AN aber nicht zu vertreten hat, hat der AN lediglich Anspruch auf Vergütung der bis zur Kündigung erbrachten Leistungen (§ 648a Abs. 5 BGB). Daneben bestehende gesetzliche Ansprüche (z.B. Anspruch aus § 642 BGB; Schadensersatzanspruch gem. § 648 Abs. 6 BGB) bleiben unberührt.
- 21.11 Im Falle einer jeden Kündigung hat der AN die Ergebnisse seiner Leistungen dem AG so zu übergeben, dass ein Dritter die Leistungen fortführen kann. Die Parteien sind verpflichtet, die vom



AN ausgeführten Leistungen innerhalb von 10 Werktagen nach Kündigung gemeinsam festzustellen und zu dokumentieren.

## **§ 22 Vertraulichkeit/Geheimhaltung**

- 22.1 Der AN verpflichtet sich gegenüber dem AG und dessen AG zur absoluten Verschwiegenheit im Verhältnis zu Dritten hinsichtlich sämtlicher ihm zugänglicher Kenntnisse, Daten und Informationen über das Bauvorhaben und dessen Beteiligte. Sollte der AN gegen diese Geheimhaltungspflicht schuldhaft verstoßen, so stellt dies für den AG einen wichtigen Kündigungsgrund dar.
- 22.2 Der AN verpflichtet sich, auch seine Mitarbeiter, Subplaner/Nachunternehmer und sonstige Erfüllungsgehilfen über die Verschwiegenheitspflicht zu belehren, sie entsprechend zu verpflichten und die Einhaltung zu überwachen.
- 22.3 Veröffentlichungen oder Auskünfte jeder Art an Presse, Rundfunk, Fernsehen, etc. dürfen nur nach vorheriger Abstimmung mit dem AG und dessen schriftlicher Freigabe vorgenommen werden. § 15.5 bleibt unberührt.

## **§ 23 Abtretungsverbot, Aufrechnung**

- 23.1 Der AN darf gegen den AG gerichtete Forderungen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG abtreten. Der AG darf seine Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern.
- 23.2 Zur Aufrechnung ist der AN nur berechtigt, soweit seine Forderungen unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

## **§ 24 Schlussbestimmungen**

- 24.1 Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen worden. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.
- 24.2 Sollte ein wesentlicher Teil dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, oder sollte dieser Vertrag lückenhaft sein, so soll dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berühren. Anstelle der unwirksamen Bestimmung werden die Parteien in diesem Falle eine wirksame Bestimmung vereinbaren, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung, insbesondere dem, was die Parteien wirtschaftlich beabsichtigt hatten, entspricht oder ihm am nächsten kommt. Im Falle von Lücken werden die Parteien eine Vertragsergänzung vereinbaren, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, hätten die Vertragsparteien die Angelegenheit von vorneherein bei Abschluss des Vertrages bedacht.
- 24.3 Entstehen bei der Durchführung und Abwicklung dieses Vertrages Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragspartnern, werden die Parteien zunächst versuchen, den Streit auf gütlichem Wege beizulegen. Streitfragen berechtigen die Parteien nur insoweit, ihre Mitwirkung an der Vertragserfüllung einzustellen, als ihnen auf Grund vertraglicher oder gesetzlicher Vorschriften ein Zurückbehaltungsrecht zusteht.
- 24.4 Gerichtsstand ist das LG Hechingen.



Sigmaringen, Datum

Ort, Datum

AG

---

AN

---